

# BLICKPUNKT PLENUM

11. bis 13. September 2018

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde  
im Hessischen Landtag



## Dieselnachrüstung auf Kosten der Hersteller muss kommen!

Spätestens seit das Verwaltungsgericht Wiesbaden ein Diesel-Fahrverbot in der Stadt Frankfurt angeordnet hat, führt kein Weg mehr daran vorbei, die Autoindustrie zur Nachrüstung der EURO-5-Diesel zu zwingen. Der Bundesverkehrsminister muss endlich anordnen, dass die betroffenen Fahrzeuge mit SCR-Katalysatoren ausgestattet werden – natürlich **auf Kosten der Hersteller**, nicht zu Lasten der Besitzer oder gar aller Steuerzahler. Die Automobilindustrie hat ihren Kunden Fahrzeuge verkauft, die nur auf dem Papier sauber sind, im Alltag aber Schadstoffmengen jenseits aller Grenzwerte produzieren. Die Nachrüstung ist möglich, sie ist hochgradig wirksam, und sie ist mit Kosten von rund 1.500 Euro pro Fahrzeug auch wirtschaftlich vertretbar. Der SPD-Landtagsfraktion fehlt jedes Verständnis für Bundesverkehrsminister Scheuer, der eine verpflichtende Nachrüstung auf Kosten der Industrie stur ablehnt. Scheuers Kuschelkurs gegenüber der Autoindustrie ist Verrat am Umweltschutz und an den berechtigten Interessen der betrogenen Fahrzeugbesitzer.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden offenbart auch das Scheitern der schwarz-grünen Landesregierung, denn die Klage richtete sich gegen den Luftreinhalteplan der Landesregierung. Das Gericht hat nun festgestellt, dass dieser Plan keine zukunftsfesten Mobilitätskonzepte für Hessen liefert. Es war ein fataler Fehler der CDU-geführten Landesregierung, beim so genannten ‚Energiegipfel‘ die Verkehrswende komplett auszublenden. Schon damals hätten die Weichen gestellt werden müssen.

## Wir kämpfen weiter für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Wir haben erneut einen Gesetzentwurf zur vollständigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eingebracht. Den letzten Gesetzentwurf hatte die schwarz-grüne Regierungskoalition bereits in erster Lesung abgelehnt und damit die parlamentarische Beratung blockiert, die eine Anhörung vorgesehen hätte. Daraufhin haben wir selbst eine fraktionsinterne Anhörung durchgeführt. Nach dieser sehr konstruktiven Diskussion wurde unser Gesetzentwurf angepasst und in dieser Woche erneut im Landtag beraten. Wichtigste Änderung: Die Mittel, die die Kommunen als Ausgleich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge erhalten sollen, werden auf Grundlage der Länge des Straßennetzes in der jeweiligen Kommune ermittelt. Das halten wir für ein gerechtes und unbürokratisches Verfahren.

Doch Schwarz-Grün hat erneut jede weitere Diskussion über unseren geänderten Gesetzentwurf verweigert und mit ihrer Mehrheit die erneute Initiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge abgelehnt. CDU und Grüne halten die derzeitige Rechtslage für ausreichend, wonach es Kommunen freigestellt ist, auf Straßenausbaubeiträge zu verzichten. In der Praxis werden sich das aber nur finanzstarke Kommunen leisten können, während die vielen finanzschwachen Kommunen dringend auf die Einnahmen angewiesen sind. Wir wollen ALLE Bürgerinnen und Bürger entlasten und kämpfen deshalb weiter für die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeträge und Übernahme der Kosten durch das Land.

## Derivate: Teure Kreditgeschäfte der Landesregierung

Die von der Landesregierung bei ihren Derivat-Geschäften im Jahr 2011 verfolgte Zinsstrategie ist bei näherem Hinsehen äußerst fragwürdig. So wurden Verträge geschlossen, die den Banken nach zehn Jahren eine einseitige Kündigungsfrist zugestehen, während sich das Land für 40 Jahre bindet. Damit wird die angeblich beabsichtigte langfristige Absicherung des Zinsänderungsrisikos durchlöchert und die Risiken einseitig zu Lasten des Landes verschoben.

ben. Zudem sind die 40-jährigen Laufzeiten von Derivaten eine Langzeitwette, deren Risiken zukünftige Generationen zu tragen haben. Finanzminister Schäfer hat die Plausibilität der von der Zeitung ‚Die Welt‘ festgestellten Mehrkosten in Höhe von 375 Mio. Euro aus den ersten zehn von der Hessischen Landesregierung getätigten Derivat-Geschäften bestätigt.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Absicherung des Zinsänderungsrisikos, bezweifeln aber, dass sie zu den o.g. vereinbarten Konditionen notwendig gewesen ist. Auch die Erklärung des Ministers, es handele sich dabei um eine Versicherung, ist Augenschwermerei. Denn Derivate sind nichts anderes Werten - mit Chancen, aber auch erheblichen Risiken!

### **Polizei am Limit – Hessen braucht echte Verbesserungen statt PR-Gags**

Hessen ist deshalb ein sicheres Land, weil die Beamtinnen und Beamten der Polizei engagiert ihren Dienst versehen. Aber die Polizeibeamtinnen und -beamten in Hessen arbeiten am Limit. Sie sind – nicht nur im Schichtdienst – höchst belastet. Sie schieben einen riesigen Berg an Überstunden vor sich her. Sie haben faktisch keine planbare Freizeit mehr, keine Zeit für ihre Familien. Auch deswegen ist ein hessischer Polizeibeamter durchschnittlich 30 Tage im Jahr krank.

Wer nicht nur das Gefühl von Sicherheit stärken, sondern die Sicherheitslage tatsächlich verbessern will, muss für mehr Polizeipräsenz auf den Straßen und Plätzen sorgen. Dafür fehlt der hessischen Polizei aber das Personal, denn die CDU und ihre Innenminister Bouffier, Rhein und Beuth haben 1.000 Stellen bei der Polizei abgebaut. Deswegen gibt es in Hessen nur 226 Beamte je 100.000 Einwohner, in Sachsen aber 266, in Thüringen 294 und in Bayern sogar 326 Polizisten je 100.000 Einwohner. Unser Land liegt bei der Polizeidichte inzwischen auf dem drittletzten Platz von 16 Bundesländern, und dafür ist allein die CDU verantwortlich!

Wir wollen, die Ausbildungszahlen bei der Polizei weiter erhöhen und die schon im Dienst befindlichen Beamtinnen und Beamten von Verwaltungsaufgaben entlasten. Ziel der SPD ist es, für jede Polizeidienststelle rund um die Uhr eine zusätzliche Streife mit Fahrzeug bereit zu stellen. Zugleich muss der Polizeidienst wieder attraktiver gemacht werden. Ausgerechnet Hessen, wo seit 19 Jahren die CDU den Innenminister stellt, bietet jungen, engagierten Menschen, die sich als Polizisten in den Dienst des Gemeinwesens stellen wollen, die höchste Wochenarbeitszeit und eine der schlechtesten Besoldung in Deutschland. Hessen ist damit kaum noch konkurrenzfähig, wenn es darum geht, gute Leute für eine der verantwortungsvollsten Aufgaben in unserem Land zu finden. Daher wollen wir neben der personellen Verstärkung die Polizeizulage bei der Pension berücksichtigen, bessere Beförderungsmöglichkeiten auf den Weg bringen, und mit der Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) dafür sorgen, dass künftig das Besoldungsrecht wieder den Tarifabschlüssen folgt.

### **Keine Drei-Klassen-Gesellschaft beim Ehrenamt!**

Die CDU hat erneut vorgeschlagen, 15.000 Besitzerinnen und Besitzern der sogenannten ‚Ehrenamtskarte‘ kostenlos das Landesticket zur Verfügung zu stellen. Wir kritisieren, dass dadurch Hunderttausende von ebenfalls ehrenamtlich Tätigen ausgegrenzt werden. Die öffentliche Reaktion macht deutlich, dass es kein Verständnis für eine unterschiedliche Bewertung ehrenamtlicher Tätigkeiten gibt. Mit diesem Vorgehen teilen CDU und Grüne die ehrenamtlich Tätigen in erste, zweite und dritte Klasse und diese Spaltung wird dem Ehrenamt nicht gerecht.

Allein in Hessen gibt es etwa 75.000 ehrenamtliche Feuerwehrmänner und –frauen, 75.000 Ehrenamtliche in den hessischen Jugendverbänden, davon über 7.500 Personen, die die sogenannte ‚Jugendleiterkarte‘ besitzen und über 130.000 Ehrenamtliche, die auf der Ebene des Sports tätig sind. Viele weitere Tausende engagieren sich im Deutschen Roten Kreuz, dem Technischen Hilfswerk, bei den Maltesern, den Tafeln oder Hospiz-Vereinen. All diese Ehrenamtlichen bleiben außen vor und werden kein Ticket für Busse und Bahnen erhalten.

Die ehrenamtlich Tätigen in unserer Gesellschaft, egal in welcher Stelle sie sich einbringen, verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung. Unterschiedliche Honorierung ehrenamtlicher Tätigkeiten ist der völlig falsche Ansatz.